Ä1

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 22.01.2026)

Titel: **Ä1 zu A1: Keine Olympischen Spiele in Köln-Rhein/Ruhr**

Titel

Ändern in:
Positionierung des Kreisverbands Köln zur Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für Olympische und Paralympische Spiele

Antragstext

1. Der Kreisverband Köln begrüßt, dass über die Beteiligung Kölns an der Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im April ein Ratsbürger*innenentscheid stattfindet.

2. Der Kreisverband Köln spricht sich für eine kritische, sachliche und konstruktive Begleitung der Debatte um den Ratsbürger*innenentscheid aus. Ziel ist es, dass die Bevölkerung so auf einer fundierten Basis eine Entscheidung treffen kann. Dabei werden folgende Kriterien für den Bewerbungsprozess betont:

- **Nachhaltigkeit und Klima**
  Die Bewerbung und Durchführung richtet sich an den Klimaschutzzielen/Klimaleitlinien der Stadt Köln sowie den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen aus. Temporäre Bauten werden so errichtet, dass sie im Anschluss entweder sinnvoll umgenutzt werden können oder nachhaltig wieder abgebaut werden können (z.B. mittels des Cradle-to-Cradle-

Prinzips). Auf Neubauten von Sportstätten für den Olympiabetrieb wird abseits des temporären Leichtathletikstadions gänzlich verzichtet.

- **Demokratische Beteiligung und Transparenz**
  Eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Stadtgesellschaft, insbesondere der Bürger*innen, zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie Sport- und Umweltverbänden, die über den reinen Bürger*innenentscheid hinausgeht, ist sicherzustellen. Alle Entscheidungsprozesse, Planungsschritte und Kostenkalkulationen müssen öffentlich einsehbar sein.

- **Soziale und finanzielle Verantwortung**
  Durch die Bewerbung und potenzielle Ausrichtung darf die Stadt Köln keine finanziellen Risiken eingehen. Daher fordern wir in den weiteren Bewerbungsschritten klare Zusagen des Bundes und des Landes zur Kostenübernahme und Risikoverteilung.
  Es bedarf darüber hinaus einer offenen Debatte über Standortalternativen für das (temporäre) Olympiastadion und das Olympische Dorf.Das Quartier Kreuzfeld darf als Standort nur in Betracht kommen, wenn die Umsetzung zu keiner Verzögerung der ökologisch und verkehrlich ambitionierten Quartiersplanung führt. Der Rat der Stadt Köln sowie andere relevante Gremien (z.B. Bezirksvertretung Chorweiler) sind bei **der Auswahl und der Entwicklung des Olympia-Standortes in Köln** zu beteiligen, um die erforderliche Flexibilität, abhängig von den möglichen Austragsjahren sicherzustellen. Soziale, kulturelle und städtebauliche Projekte dürfen nicht zugunsten der Olympiabewerbung zurückgestellt **oder verzögert** werden.

Begründung
Die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region um Olympische und Paralympische Spiele kann für die Rhein-Ruhr-Region und speziell für Köln als Leading City Chancen bieten: internationale Sichtbarkeit, Infrastrukturmodernisierung und Impulse für den Sport vor Ort. Eine Bewerbung mit Köln als Leading City kann für die Stadt vorteilhaft sein, weil durch ein solches Event Infrastrukturvorhaben priorisiert und die damit verbundenen, notwendigen Förderzusagen von Land und Bund zügiger erfolgen. Zudem bieten die Olympischen und Paralympischen Spiele Chancen für interkulturellen Austausch unter Sportler*innen und Besuchenden.
Gleichzeitig bestehen mit einer Bewerbung für ein Sportevent in dieser Dimension erhebliche Risiken, insbesondere hinsichtlich drohender Kostensteigerungen und

ökologischer Belastungen. Die Infrastruktur, die für die Olympischen und Paralympischen Spiele entsteht, führt zunächst zu Mehrbelastung durch Lärm, Baustellen und Stau für die Bewohnenden. Auch werden durch die Fokusverschiebung auf die Spiele andere notwendige Infrastrukturprojekte in der Stadt zurückgestellt. Zudem gibt es eine berechtigte Skepsis gegenüber dem IOC. Ziel des Kreisverbands ist es, die öffentliche Debatte verantwortungsvoll zu begleiten und dabei grüne Bewertungskriterien sichtbar zu machen und in den weiteren Prozess einzubringen.